



Nachgefragt:

## Was macht eigentlich Thomas Domres?

Seit November bin ich Mitarbeiter der Bundestagsfraktion und für die Koordination im Bereich Kommunalpolitik zuständig, eine Aufgabe, die ich sehr reizvoll finde. Die meisten kannten mich als Landtagsabgeordneten. Weniger bekannt ist, dass ich seit über dreißig Jahren Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Perleberg bin und seit achtzehn Jahren Mitglied des Kreistags Prignitz - und beides mit Leidenschaft. Die Kommunalpolitik wird zurecht als ‚Wiege der Demokratie‘ bezeichnet. Hier ist Politik den Menschen am nächsten, hier wirkt sie sich unmittelbar aus, hier könnte am direktesten Einfluss genommen werden.

Ich schreibe ‚könnte‘, weil viel zu viel von dem, was uns unmittelbar betrifft, woanders entschieden wird und die Kommunen zunehmend handlungsunfähig werden. Deshalb gehört es zu meinen Aufgaben, kommunalpolitische Probleme und Themen für die Bundestagsfraktion aufzuarbeiten, damit sie parlamentarisch aktiv werden kann. Kommunalpolitik ist ein absolutes Querschnittsthema und berührt viele fachpolitische Bereiche. Und umgekehrt bereite ich die Folgen bundespolitischer Entscheidungen oder anstehende Themen im Bundestag für die Kommunalpolitik auf. Neben der Erfüllung dieser inhaltlichen

Aufgaben brauchen wir eine bessere Vernetzung und Unterstützung der Kommunalpolitiker:innen unserer Partei. Dafür baue ich Strukturen auf. Wissensvermittlung vor allem in rechtlichen Fragen ist vor Ort besonders wichtig. Auch hier müssen wir die Strukturen ausbauen: Die Kommunalpolitischen Foren sind direkte Ansprechpartner und die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt mit Veranstaltungen.

Ein weiteres wichtiges Vorhaben ist der Aufbau der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik in der Bundestagsfraktion. Damit wollen wir erreichen, dass die Kommunalpolitik wieder ein



wichtiges Standbein der Linken wird.

Wer über aktuelle Themen und Initiativen informiert werden, bzw. künftig den Kommunalpolitischen Rundbrief beziehen möchte, kann sich gern in den Verteiler eintragen lassen. *Zu erreichen bin ich unter [thomas.domres@dielinkebt.de](mailto:thomas.domres@dielinkebt.de)*

■ ■ Thomas Domres

## Wut trifft Feminismus



Frauenministerin verwehrt den Frauenorganisationen die vom Landtag bereitgestellten Fördermittel, Hass und Gewalt nehmen zu, Sprache verroht.

Unter diesem Motto veranstaltet der frauenpolitische Rat im ganzen Land Brandenburg ab 6. März die 36. Frauenwoche. Rund um den 125. Jahrestag des Internationalen Frauentages stehen Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter im Mittelpunkt zahlreicher Veranstaltungen. Und das ist dringender denn je. Die Wirtschaftsunion (ein wichtiger Teil der CDU) will das Recht auf Teilzeitarbeit abschaffen, der CDU-Wirtschaftsrat fordert Kahlschlag bei Sozialleistungen, die brandenburgische

„WTF – Wut trifft Feminismus“. Diese Initiative des Frauenpolitischen Rats Land Brandenburg e.V. zielt darauf ab, Wut über Ungleichbehandlung als positive Energiequelle für gesellschaftliche Veränderungen, Gerechtigkeit und Demokratie zu nutzen. Es ist ein Aufruf, Wut in feministisches Handeln umzuwandeln.

Die Frauenwochen bieten landesweit Raum für Veranstaltungen, die Wut als Motor für Wandel begreifen.

■ ■ Gerlinde Krahnert

## Für Menschlichkeit und Demokratie



Am 27. Januar haben mündige Bürger:innen auch in unserer Region der Millionen Menschen, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden, gedacht. Denn ohne das Erinnern an Geschichte, ohne Verantwortung für die Vergangenheit, kann es keine Zukunft geben. Gerade heute, wo sich

erneut Menschenverachtung - auch bei uns im Land Brandenburg - breitmacht, jüdische, queere und migrantische Mitmenschen bedroht und angegriffen werden, von Remigration die Rede ist, wo Jugendclubs brennen, bedarf es eines Weckrufes, eines Aufschreis der Abwehrkräfte, die eine Wiederholung der Barbarei verhindern wollen. Es gibt eine Lehre und einen Auftrag, der aus unserer Vergangenheit resultiert: Die Verteidigung von Menschlichkeit und Demokratie. Niemals wieder, ist jetzt!

(siehe auch Termine Seite 8)

■ ■ Gerlinde Krahnert

# Gemeinsam Zukunft schreiben

Am 10. Januar startete Die Linke ihre angekündigte Debatte über ihr Parteiprogramm. Ziel ist ein „update“ des derzeit gültigen Erfurter Programms von 2011.

„Erstaunlich aktuell, nahezu zukunftsweisend“, bezeichnete Parteivorsitzende Ines Schwerdtner die derzeitige programmatische Basis der Linken. Deshalb soll es auch keine grundsätzliche Neuausrichtung der Partei geben. Ein Update sei aber nötig, weil sich in den vergangenen 15 Jahren wesentliche neue gesellschaftliche Entwicklungen ergeben haben.

Während der Auftaktveranstaltung gab es viele inhaltliche Inputs von namhaften Wissenschaftler:innen. So sprach der Sozialwissenschaftler und Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans-Jürgen Urban, von einer „Politik der Offenen Türen und

der klaren Kante“: Die, die berechtigt wütend sind über ihre aktuellen Lebensumstände, müssen Angebote linker Politik erhalten. Zugleich dürfen progressive Forderungen nicht verwässert werden.

Der Politologe Harald Wolf benannte in seinem Statement fünf aktuelle Punkte: Alle Teile der Daseinsvorsorge (zum Beispiel Wohnen, Gesundheit, Pflege, Bildung) seien Finanzprodukte geworden. Diese „Ökonomie des Alltags“ muss zurück in eine öffentliche Vorsorge geführt werden. Er sprach weiter von einem Widerstand gegen den Rüstungskapitalismus. Denn dieser sei nicht nur aus friedenspolitischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen widersinnig, weil er unproduktive Anlagen herstelle. Drittens müsse die digitale Souveränität gegen die

Tec-Konzerne hergestellt werden. Und viertens müsse eine Investitionslenkung stattfinden (dazu gab es einen interessanten Beitrag der Ostasienspezialistin Merle Groneweg zu China). Fünftens sprach Wolf von der Vergesellschaftung wichtiger gesellschaftlicher Bereiche.

Ebenfalls interessant die Aussage von Prof. Alex Demirovic von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die „Leistung nicht mehr als zentralen Wert zu definieren“. Ein Bundesparteitag im Jahr 2027 soll das Update beschließen.

Unter Leitung des Parteivorstandes, der queer-feministischen und der Programmkommission beginnt ab März 2026 die Diskussion in 6 Arbeitsgruppen zu den Themen:

- (1) Welcher Kapitalismus? Welcher Sozialismus?



- (2) Faschisierung/Rechtsruck
- (3) Friedenssicherung, Europa, neue Blockkonfrontation
- (4) sozial-ökologische Transformation
- (5) Oststrategie, postindustrielle Regionen
- (6) Solidarische Migrationsgesellschaft.

Alle Mitglieder der Partei sind aufgefordert, sich in die Diskussion einzubringen.

(Mehr unter [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de))  
 ■■ Gerlinde Krahnert

## Vor dem Bundesparteitag der Linken

76 Genoss\*innen der Linken-Kreisverbände Oberhavel, Prignitz und Ostprignitz-Ruppin

trafen sich am 24. Januar zu einer gemeinsamen Beratung in Neuruppin. Ziel war es, vier



Delegierte und Ersatzdelegierte für den 10. Bundesparteitag der Linken, der vom 19.-21. Juni in Potsdam stattfinden wird, zu wählen. Nach einem Grußwort der Landesvorsitzenden Katharina Slanina wurden Dr. Kirsten Tackmann (KV OPR), Patricia Usee (KV OHV), Hanno Harnisch (KV PR) und Luca Renner (KV OHV) gewählt.

Anschließend folgte eine sehr gut besuchte Lesung mit der ehemaligen Vizepräsidentin

des Deutschen Bundestages, Petra Pau.

Den Nachmittag beschloss ein Besuch von Petra Pau, Kirsten Tackmann und Ronny Kretschmer im Heimattierpark Kunsterpring. Der Tierparkleiter, Peter Mahnke, stand zu einem Gespräch zur Verfügung und organisierte den Abstecher zu den Patientieren der beiden Politikerinnen. Passenderweise ein rotes Wollschwein und ein Wolf.

■■■ Ronny Kretschmer

## Petra Pau in Neuruppin - „Gott hab sie selig“

„Gott hab sie selig“, so heißt ein vor vier Jahren herausgekommenes Anekdotenbüchlein von Petra Pau. Schon vor zehn Jahren erschien ihr erstes Buch im Eulenspiegelverlag: „Gottlose Type“. Was für eine gute Idee von Kirsten Tackmann, ihre langjährige Bundestagsgenossin gleich im Anschluss zur

Wahlversammlung unserer Delegierten für den nächsten Bundesparteitag zum 24. Januar zu einer Lesung nach Neuruppin einzuladen. Die meisten blieben, einige Besucher kamen noch hinzu und es war eine überaus bildende und vergnügliche Stunde mit dem „weiblichen Gesicht der PDS und der

Linken“, wie die Moderatorin sie begrüßte. Da länger gewählt wurde, als geplant, musste Petra Pau auch bald wieder los - zum Tierpark Kunsterpring, wo sie seit Jahren Patin eines Schweines ist. Eines davon hieß Oskar, und es ist vor ein paar Jahren beim Geschlechtsverkehr gestorben. Leselust

geweckt? Was die langjährige Bundestagsvizepräsidentin dann noch mit Gott zu tun hatte, und wie sie sich im Politikbetrieb in Berlin Achtung über die Linke hinaus erarbeitet hatte: Sie können Ihre Bücher beim Zentralantiquariat (Zvab.com) bestellen.

■■■ Hanno Harnisch

# Atommüll-Endlager in unserer Region?

Es gibt Anlass zur Sorge, dass für die Standortwahl politische Motive entscheidend werden. Dünnbesiedelte Regionen wie die Prignitz und das Ruppiner Land stünden dann im Fokus. Niemand will den Müll. Die 27.000 Kubikmeter hoch radioaktiven Materials kommen ja nicht von selbst unter die Erde. Aus 16 Zwischenlagern muss angekarrt, in neue Behälter umgepackt und eingelagert werden. Allein die Sorge vor frei werdender Strahlung wird der betroffenen Region schaden. Schon wer in die engere Wahl kommt, hat einen Imageverlust.

Das Gesetz zur Endlagersuche schreibt vor, dass streng nach wissenschaftlichen Kriterien der geologisch sicherste Standort gesucht werden soll. Es verpflichtet außerdem zu Transparenz und Beteiligung der Zivilgesellschaft, um Akzeptanz zu schaffen. Dafür wurde 2016 das Nationale Begleittremium geschaffen. Seine Besetzung beschließen Bundestag und Bundesrat. Im Dezember wurde es neu besetzt, die Hälfte der frei gewordenen



Plätze mit ehemaligen politischen Amtsträger\*innen. Für die Anti-Atom-Organisation Ausgestrahlt ein alarmierendes Novum. Sie und andere Organisationen befürchten nun den Einfluss politischer Interessen innerhalb des ehemals neutralen Kontrollgremiums.

Dass es tatsächlich um politischen Einfluss geht, bestätigt ungewollt unsere Landesregierung. Potsdam hat die Zustimmung zur Neubesetzung im Bundesrat verweigert weil 12 der 16 Plätze von Baden-Württemberg, Bayern, NRW und Niedersachsen besetzt werden. Der Osten und

Brandenburg sind unterrepräsentiert. Wenn politische Interessen die wissenschaftlichen Kriterien überlagern, wird „nicht der Standort mit der bestmöglichen Sicherheit ausgewählt, sondern der, der sich politisch durchsetzen lässt,“ so Ausgestrahlt. Schon Mitte 2027 entscheidet der Bundestag in der ersten Auswahl darüber, welche möglichen Standorte im Rennen für ein Endlager bleiben und vor Ort erkundet werden. Zur Erinnerung: Gorleben wurde einst gewählt, weil aus der dünn besiedelten Region im damaligen ‚Zonenrandgebiet‘ kein Widerstand erwartet wurde. Man hatte sich gewaltig

getäuscht. Jetzt müssen wir im dünn besiedelten Nordwesten Brandenburgs aufpassen und frühzeitig mächtig laut werden.

■ ■ bms

## Um welche möglichen Standorte in unserer Region geht es?

Die Angaben im Internet sind widersprüchlich. ML hat deshalb direkt bei der Bundesgesellschaft für die Endlagerung (BGE) nachgefragt und erfahren: Kein möglicher Standort habe bisher den Stempel ‚ungeeignet‘ bekommen. Die Salzstöcke Helle (Groß-Pankow), Werle (Karstädt), Netzeband (Ruppiner Land) und Zechlin (Rheinsberg) seien „weiter in der Bearbeitung. Darüber hinaus gibt es in Ihren beiden Landkreisen mehrere großflächige Tonschichten“, schreibt die Pressestelle. Davon wurden einige für ungeeignet befunden, andere werden weiter erkundet (z.B. rund um das Rambower Moor / Lenzen).

# Schufa darf uneingeschränkt speichern!

Der Bundesgerichtshof hat kürzlich ein Urteil zur Datenspeicherung durch die Schufa gesprochen, wonach diese bereits erledigte Forderungen weiterhin über Jahre hinweg speichern darf, selbst wenn Betroffene ihre Schulden längst beglichen haben. Bonität wird so nicht fair bewertet, sondern zur sozialen Ausgrenzung genutzt.

Zwar können Verbraucher:innen im Einzelfall die Löschung von Einträgen oder Schadensersatz verlangen, doch das massive Ungleichgewicht zwischen Datenschutz und Wirtschaftsinteressen ist verheerend. Umso dringender ist es, klare, verbraucherfreundliche Löschrfristen gesetzlich festzuschreiben und Menschen vor Dauerbestrafung zu schützen.

ten gesetzlich festzuschreiben und Menschen vor solcher Art Dauerbestrafung zu schützen.

Als Linke wollen wir den Einfluss der Schufa auf den Lebensalltag der Menschen eindämmen. Schufa-Abfragen sollen nur

noch bei tatsächlichen Kreditgeschäften erlaubt sein und nicht mehr bei alltäglichen Verbraucher:innenverträgen wie Miete, Strom oder Handyverträgen.

Wir kämpfen dafür, dass ein negativer Schufa-Score künf-

tig nach einem Jahr gelöscht werden muss, dass Bonitätsauskünfte nicht mehr von privaten, profitorientierten Unternehmen, sondern nur noch von öffentlicher Hand erteilt werden.

Jede:r hat schon erlebt, welch schwerwiegende Folgen ein negativer Schufaeintrag im Alltagsleben hat. Deshalb muss Schluss sein mit der intransparenten Macht der Schufa. Verbraucher:innen müssen vor sozialer Ausgrenzung geschützt werden.

■ ■ *Christin Willnat, Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag*





**Im Gespräch mit dem Vorsitzenden der Kreistagsfraktion der Linken OPR, Holger Kippenhahn**

Der katastrophale Stromausfall in Berlin hat deutlich gemacht, dass Verwaltungen und Bevölkerung nicht in ausreichender Weise auf derartige Situationen vorbereitet sind. **Wie ist der Stand in unserer Region?**

Mit dem Aufbau von Katastrophenschutz-Leuchttürmen gehen die Landkreise Ostprignitz-Ruppin und Prignitz einen wichtigen Schritt, um die Bevölkerung besser auf Krisenlagen vorzubereiten. Ob großflächiger Stromausfall, Extremwetterereignisse oder andere Notlagen: Die Idee,

## Katastrophenschutz braucht Substanz – Leuchttürme in OPR und Prignitz richtig weiterdenken

zentrale Anlaufstellen zu schaffen, an denen Information, erste Hilfe, Wärme, Trinkwasser und Kommunikation möglich sind, ist grundsätzlich richtig und notwendig. Gerade in ländlich geprägten Regionen kann dies im Ernstfall entscheidend sein.

**Wie erfährt die Bevölkerung davon, wie sie sich im Ernstfall verhalten soll?**

Über Rundfunk und Fernsehen, ggf. über Sirenen und Lautsprecherdirchsaugen, über SMS oder whatsapps. Der Landkreis OPR hat einen Informationsflyer „Bürgerinformationen zu den (18) Anlaufstellen und Maßnahmen im Katastrophenfall“ herausgegeben, der Landkreis Prignitz informiert auf seiner offiziellen website [www.prignitz.de](http://www.prignitz.de) darüber.

**Positiv ist, dass das Land Brandenburg hierfür finanzielle Mittel bereitstellt und die Landkreise die**

**Umsetzung aktiv angehen.**

Richtig. Die geplanten Standorte zeigen, dass versucht wird, möglichst viele Menschen zu erreichen. Damit wird anerkannt: Katastrophenschutz ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht dem Zufall überlassen werden.

**Aber reicht das aus?**

Nein. In der praktischen Umsetzung zeigt sich, dass diese Leuchttürme nur ein Anfang sein können. Nicht jeder Standort ist derzeit ausreichend ausgestattet oder baulich geeignet, um im Ernstfall größere Teile der Bevölkerung aufzunehmen. Auch Fragen der dauerhaften Wartung, der personellen Absicherung und der klaren Zuständigkeiten sind vielerorts noch offen. Hier braucht es realistische Planungen, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen vor Ort orientieren.

**Wie steht Die Linke dazu?**

Aus Sicht der Linken ist entscheidend, dass aus diesem Projekt ein langfristig tragfähiges Konzept wird. Katastrophenschutz darf kein einmaliges Investitionsprogramm bleiben, sondern muss dauerhaft finanziert, weiterentwickelt und gemeinsam mit den Kommunen, den Feuerwehren und den ehrenamtlichen Strukturen getragen werden. Ebenso wichtig ist eine transparente Information der Bevölkerung: Nur wer weiß, wo Hilfe zu finden ist und was ihn dort erwartet, kann im Krisenfall darauf vertrauen.

Die Leuchttürme können zu echten Ankerpunkten der Sicherheit werden – wenn sie eingebettet sind in eine Politik, die den Schutz der Menschen ernst nimmt, öffentliche Strukturen stärkt und Vorsorge nicht dem Sparzwang unterordnet. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

■ ■ Gerlinde Krahnert

## Plattdüütsch hört to Brannenborch

### Der Antrag

Die Kreisverwaltung OPR benennt auf Antrag der Linken eine Ansprechperson für Niederdeutsch. Auf Grundlage eines Landesgesetzes hatte die Linksfraktion des Kreistages gemeinsam mit dem Verein für Niederdeutsch im Land Brandenburg dazu einen Antrag erarbeitet, der im

### Der Verein

Plattdüütsch-Verband zwischen Elbe und Oder, Prignitz und Uckermark sowie vom

November 2025 einmütig vom Kreistag beschlossen wurde. Damit ist OPR die erste Kreisverwaltung in Brandenburg mit einer Ansprechperson für Angehörige der niederdeutschen Sprachgruppe und die Belange der niederdeutschen Sprache, die auch die überwiegend ehrenamtliche Arbeit unterstützen soll.

■ ■ Kirsten Tackmann

Havelland bis Fläming gründeten 2014 den Verein für Niederdeutsch im Land Brandenburg. Seit Ende 2024 ist der Verein anerkannter Dachverband der niederdeutschen

Sprachgruppe in Brandenburg. 88 Mitglieder sind aktiv, darunter auch Vereine und Kommunen.

Der Verein hat seit 2025 den Sitz seiner Geschäftsstelle in Wittstock/Dosse.

Die Akteure bieten Plattdeutsch in Kitas, Schulen und Volkshochschulen an. Plattdeutsch öffnet Türen bei pflegebedürftigen und demenzkranken Muttersprachler:innen. Es gibt landesweit zweisprachige Ortstafeln mit dem jeweiligen hoch- und niederdeutschen Ortsnamen.

Neele Hübner aus Prenzlau ist seit 2025 die erste

Niederdeutsch-Botschafterin in Brandenburg.

Brandenburg ist seit 2024 das erste Bundesland mit einem Niederdeutsch-Gesetz.

Bereits im Juli 2022 trat in Brandenburg eine geänderte Verfassung in Kraft: Das Bundesland bekennt sich dazu, die niederdeutsche Sprache zu schützen und zu fördern.

**Hier kann man gern auch Mitglied werden:**

[www.platt-in-brandenburg.de/verein/mitglied-werden](http://www.platt-in-brandenburg.de/verein/mitglied-werden)

■ ■ Christamaria Ruch, Geschäftsführerin

# Wohnungsmarktstudie offenbart bekannte Defizite in Neuruppin

Zum Bericht



**Auf Initiative der damaligen Linken Stadtfraktion verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung Ende 2020 einen wohnungspolitischen Grundsatzbeschluss. Daraus folgte etwas später eine Wohnungsmarktstudie, die Handlungsempfehlungen aussprach, in welcher Höhe und in welcher Form zukünftig Wohnraum geschaffen werden sollte.**

Diese Wohnungsmarktstudie wurde nun endlich aktualisiert, denn der Eindruck, den viele Neuruppinerinnen und Neuruppiner haben, dass zwar genügend Wohnraum neu gebaut wurde, dieser aber immer weniger bezahlbar ist, wurde politisch von den Linken immer wieder angemahnt. Am 15. Dezember 2025 wurde nun endlich diese neue Studie vorgestellt und als Handlungsempfehlung beschlossen. Zu lesen ist nun schwarz auf weiß:

*„Durch die steigende Nachfrage, knappe Ressourcen und höhere Zinsen steigen die Mietpreise in Neuruppin weiterhin. Dank der starken Rolle der lokalen Wohnungswirtschaft bleibt das Mietniveau bislang moderat, dennoch entstehen insbesondere im unteren Preissegment spürbare Anspannungstendenzen. Trotz eines relativ hohen Anteils kleiner und mittelgroßer Wohnungen ist das Angebot für viele nachfragende Zielgruppen knapp, ähnlich verhält es sich bei großen familiengerechten Wohnungen in integrierten Lagen. Parallel dazu ist der Bestand öffentlich geförderter Wohnungen in den letzten Jahren zurückgegangen. Diesen wieder substantiell zu erhöhen, ist eine zentrale sozial- und wohnungspolitische Aufgabe, ebenso wie die Vermeidung der räumlichen Konzentration einkommensschwacher Haushalte.“*

Wie überall im Land steigen die Miet- und Mietnebenkostenpreise. Auch in Neuruppin findet man nur durch glücklichen Zufall bezahlbaren Wohnraum. Dringend Zeit zu handeln.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist deshalb, dass die 100% städtische Tochter Neuruppiner Wohnungsbaugesellschaft mit der Stadt einen Vertrag verlängert, der eine freiwillige Belegungsbindung für hunderte Wohnungen beinhaltet. Konkret geht es um Wohnungen im Wohnkomplex 3, deren Belegungsbindung für sozialen Wohnraum (nur mit Wohnberechtigungsschein zu mieten) schon lange ausgelaufen ist. Mittels diesen Vertrag wird die ausgelaufene Belegungsbindung freiwillig verlängert.

Fakt ist aber auch, dass es weiteren sozialen Wohnungs(neu)bau geben muss. Dazu ist neben der kommunalen auch die

genossenschaftliche und private Wohnungswirtschaft gefragt.

Zwingend sind attraktive Fördermöglichkeiten durch Bund und Land, kommunalrechtliche Rahmensetzung und sinkende Baupreise, durch Abbau bürokratischer Hürden und den damit verbundenen Mehrkosten.

■ ■ Ronny Kretschmer



## Mieten im ländlichen Raum – ein unterschätztes Problem?

Wenn es um die ländliche Prignitz geht, wird das Thema bezahlbarer Wohnraum noch oft als irrelevant abgetan. Immerhin leben hier viele Menschen in Wohneigentum. Allenfalls die Probleme mit hohen Neben- und Heizkostenabrechnungen werden als relevant angesehen. Ist das Thema bezahlbarer Wohnraum für uns aber tatsächlich unwichtig? Nicht nur in Wittenberge ist der Leerstand in den letzten Jahren immer mehr zurückgegangen. Aktiv wirbt die Prignitz mit Konzepten wie Probewohnen und Coworkingspaces um die aus den überteuerten Städten fliehenden Digital



Nomads. Bisher gib es in der Prignitz wenig Probleme, erschwinglichen Wohnraum zu finden. Zu befürchten ist, dass sich das ändert, je weiter sich die Ausweichgebiete der Großstädter in den ländlichen Raum ausdehnen. Außerdem

fehlen Mehrraumwohnungen für größere Familien. Und wie sieht es mit unseren Jugendlichen aus, die erst ins Erwachsenenleben starten? Für sie gestaltet es sich oft schwer, eine Wohnung in der Nähe des Ausbildungsplatzes zu finden,

die vom Azubi-Gehalt finanziert werden kann. In einem Flächenland wie der Prignitz führt dies dazu, dass Jugendliche lange Fahrtzeiten zum Ausbildungsort auf sich nehmen müssen. Manche verlassen die Prignitz dann lieber ganz. Ziel sollte es sein, Jugendliche in der überalterten Prignitz zu halten. Daher brauchen wir ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Azubis in Nähe der Ausbildungsstätten. Azubi-Wohnheime und -Apartments wären eine sinnvolle Bereicherung, um junge Menschen in der Region halten zu können.

■ ■ Judith Auer

# Künftige gesundheitliche Versorgung in Wittstock ist nicht gesichert – Proteste gehen weiter



Der Teufel steckt wie immer im Detail. Offensichtlich hat das Brandenburger Gesundheitsministerium für die künftige gesundheitliche Versorgung nach Schließung des Wittstocker Krankenhauses ein Leuchtturmprojekt angekündigt, ohne dass vorher alle notwendigen Voraussetzungen dafür geklärt sind. Dazu gehört vor allem die Frage der kassenärztlichen Sitze. Zur Umsetzung der MVZ-Idee muss es mit allen erforderlichen kassenärztlichen Sitzen ausgestattet sein. Alles andere wäre nicht nur politisch inkonsequent, sondern ein Bruch mit den Erwartungen, die gegenüber der Bevölkerung geschaffen wurden.

Wie hieß es doch noch kürzlich aus dem Ministerium? Die gesundheitliche Versorgung in Wittstock wird anders aber nicht schlechter! Ohne die erforderlichen Ärzte wird sich

überhaupt nichts verbessern, im Gegenteil: Die Versorgungslage würde sich weiter verschlechtern und ein angekündigtes Leuchtturmprojekt bliebe am Ende nur ein politischer Slogan ohne Substanz. Dabei geht es nicht nur um Hausärzte, sondern um ein breites ambulantes Versorgungsspektrum, das vielen Menschen in der Region aktuell fehlt. Die Stimmung in der Stadt ist eindeutig: Wittstock zeigt Gesicht wird sich in den kommenden Tagen zusammensetzen und über weitere Demonstrationen beraten. Offenbar sind sie wieder notwendig. Die nächste geplante Demonstration würde dann vor der Kassenärztlichen Vereinigung in Potsdam stattfinden.

■ ■ Nach Informationen von „Wittstock zeigt Gesicht“, notiert von Gerlinde Krahnert

## Zwischenbilanz

Seit Oktober 2023 untersuchte das Projekt „ProReVers“ Möglichkeiten der Ambulantisierung von bisher stationär im Krankenhaus erbrachten Gesundheitsleistungen im Nordwesten Brandenburgs. Nun liegt eine Zwischenbilanz vor. Auf die Frage: „Was funktioniert hier für die Menschen vor Ort?“ wurde untersucht, wie regionale Strukturen so weiter entwickelt werden könnten, „dass ambulante Strukturen gefördert werden, ohne die nötige stationäre Kapazität zu schwächen.“

Für das Forschungsprojekt wurden 10.000 AOK-

Versicherte angeschrieben und nach ihrem Eindruck der Gesundheitsversorgung befragt. Ebenso wurden Krankenhäuser und Praxisinhaber in die Untersuchung einbezogen.

„Die älter werdende Bevölkerung in der Prignitz und in Ostprignitz-Ruppin hat Auswirkungen auf die Bedarfe der Menschen vor Ort“,

stellt Pramono Suprantia von der AOK Nordost fest. „Der Versorgungsbedarf verändert sich stärker in Richtung Altersmedizin.“ Zwar gäbe es bei der hausärztlichen Versorgung aktuell keine Unterversorgung. Doch 37 bis 47



Prozent der Ärzte in der Region sind über 60 Jahre alt. „Nicht jede Praxis wird aus heutiger Sicht nachbesetzbar sein“, sagte Suprantia. Doch vor allem in ländlichen Regionen bewerten die Befragten die Versorgung deutlich

schlechter als in den Klein- und Mittelstädten. Das muss sich schnellstmöglich ändern. Dazu braucht es zwingend größere Anstrengungen aller Beteiligten.

■ ■ red

## Studie zur Online-Nutzung von Senioren: Viele Ältere sind offline.

Eine Studie des Branchenverbands Bitkom kommt zu dem Ergebnis, dass etwa die Hälfte der Menschen über 80 nie das Internet nutzt. In der Studie heißt es: Fehlendes Wissen oder Ressourcen, Bedenken oder schlichtweg kein Interesse - die Gründe, das Internet nicht zu nutzen, sind vielfältig. 47 Prozent der befragten Seniorinnen und Senioren sagen, sie würden sich mit dem Internet nicht auskennen. 40 Prozent sind nicht online aus Sicherheitsbedenken, etwa aus Angst vor Viren. 15 Prozent haben niemanden, der ihnen in der Online-Welt helfen könnte.

Digitale Teilhabe im Alter ist keine Selbstverständlichkeit. Grundsätzlich würden die meisten aber gerne online sein. 54 Prozent der Befragten fragen Freunde, Familie oder Bekannte, um sich neue digitale Fähigkeiten anzueignen. Bitkom-Präsident Ralf Wintergast sagt: „Es ist eine gesamtgesell-

*schaftliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sie an der digitalen Welt teilhaben können.“*

Laut Studie gibt ein Großteil der Befragten ihrer eigenen Digitalkompetenz nur die Schulnote 3,2. Zum Vergleich: Junge Nutzerinnen und Nutzer bewerten ihre Fähigkeiten mit der Note 2,8. Bei jüngeren Seniorinnen und Senioren ist die Online-Nutzung hingegen gestiegen. Fast alle 65- bis 69-Jährigen sind online. Bei den 70- bis 74-Jährigen sind es 85 Prozent. Insgesamt sind drei von vier Menschen über 65 online.

Linksfraktionschefin Heidi Reichinnek hat vor allem die mangelnde Teilhabemöglichkeit Älterer an digitalen Prozessen kritisiert. Es finde ein Ausschluss Älterer statt, sagte die Bundestagsabgeordnete in ZDFheute. „Die Bahn wollte die BahnCard nur noch in der App anbieten, Konzerttickets werden teilweise auch nur noch digital



ausgegeben. Termine kann man manchmal nur über Onlineportale buchen“, so Reichinnek. Das schließt nicht nur ältere Menschen aus, sondern auch die, die sich keine entsprechenden Geräte leisten können.

Es sei zwar grundlegend richtig, Digitalisierung zu nutzen, um Prozesse zu vereinfachen. „Aber dabei müssen alle Menschen mitgenommen werden.“ Digitalisierung könne auch ausschließen, wenn Menschen nicht befähigt wür-

den, sie zu nutzen. Reichinnek fordert unter anderem ein Recht auf analoge Antragsstellung und persönlichen Kontakt. Kritik daran, dass sie mit ihren Videos etwa bei TikTok vor allem Jüngere anspreche, weist Reichinnek zurück. „Wir erreichen auch ältere Menschen, selbst die über 80, in den sozialen Medien“, sagt sie. Außerdem suche die Linke den Kontakt auch über Infostände, Veranstaltungen oder Flyer.

■ ■ Gerlinde Krahnert

## Lesetipp

### Reichensteuer. Aber richtig!

Plötzlich ist sie in aller Munde, die „Reichensteuer“. Der französische Wirtschaftswissenschaftler Gabriel Zucman hat ein Buch darüber veröffentlicht, das aktuell in vielen deutschen Medien besprochen wird. Zucman schlägt eine Mindeststeuer von 2 Prozent auf Vermögen über 100 Millionen Euro vor, unterfüttert mit guten ökonomischen Argumenten. Als ‚Zucman-Steuer‘ wird sie von den französischen Sozialisten seit Ende letzten Jahres

gefordert und in Frankreich heiß diskutiert. Hierzulande ist die Steuerungerechtigkeit noch größer als in Frankreich, denn kaum ein anderes Land in der Welt besteuert Arbeit stärker und Vermögen geringer.

ML hat Zucmans Buch noch nicht gelesen, kann aber aufgrund der vielen Besprechungen sagen: Es ist mit Sicherheit spannend.

Und wer schnell gut fundierte

Argumente für unser TAX THE RICH finden will, für den gibt es noch zwei andere Lesetipps:

- „Fragen und Antworten zu Ungleichheit und steuerlichen Alternativen“ auf der Webseite der Rosa Luxemburg Stiftung

- „Superreiche könnten leicht die Haushaltslücke schließen“ auf der Webseite des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung



„Reichensteuer. Aber richtig!“

Gabriel Zucman

Suhrkamp Verlag, Berlin 2026

■ ■ bms

# Parteiübergreifend einig. Die Opfer mahnen uns. Nie wieder!

## Haltung zeigen: Konsequenz!

Am 27. Januar 2026 kamen auf Einladung der Stadt Kyritz Bürgerinnen und Bürger aus Kirche, Parteien, Vereinen und Verwaltung am jüdischen Friedhof und anschließend am VdN-Denkmal zusammen, um der Opfer des Holocaust zu gedenken.

Ansprachen hielten unter anderem der Stadtverordneten-vorsitzende Holger Kippenhahn sowie Pfarrer Martin Rohde.

Am 27. Januar 1945 wurde das Vernichtungslager Auschwitz von sowjetischen Soldaten befreit. Was sie dort vorfanden, lässt uns bis heute den Atem stocken vor Abscheu und Entsetzen. Mehr als eine Million Menschen waren allein in Auschwitz systematisch ermordet worden.

Dieses Menschheitsverbrechen konnte nur geschehen, weil die Verfolgung Andersdenkender und anders

Seiender lange zuvor begann – mit Entscheidungen, die mitten in der Gesellschaft getroffen wurden: in Verwaltungen, in Vereinen, in Nachbarschaften. Gerade deshalb ist Gedenken mehr als ein formeller Akt. Es ist eine Aufforderung, genau hinzusehen – auch auf uns selbst. Wie reagieren wir, wenn Menschen wieder ausgegrenzt werden? Wenn soziale Unsicherheit genutzt wird, um Hass zu schüren? Wenn demokratische Institutionen verächtlich gemacht werden und der Widerstand dagegen als übertrieben oder störend gilt? Gedenken heißt deshalb auch: Haltung zeigen. Nicht laut, nicht moralisch überlegen, aber konsequent.

■■■■ Regionalverband  
Kyritz-Neustadt-Wusterhausen



## Gegen das Vergessen.

## Für ein friedliches, respektvolles Miteinander.

Am VVN-Denkmal auf dem städtischen Friedhof in Rheinsberg trafen sich über 30 Bürger:innen zu einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung.

Durch die Veranstaltung führte Gudrun Kurzke von der Partei Die Linke, die die Teilnehmenden einfühlsam durch das Programm begleitete. Sie betonte die Bedeutung des Erinnerns und des gemeinsamen Gedenkens. Mehrere Rednerinnen und Redner gestalteten die Veranstaltung mit bewegenden Beiträgen. Günther Steffens sprach für den Ortsverband der CDU, Jane Zahn für die Rheinsberger Friedensrunde und Jörg Möller für den Verein Stadtgeschichte.

Weitere Wortbeiträge kamen

von Petra Hanf für Bündnis 90/Die Grünen sowie von Manfred Richter, dem langjährigen Bürgermeister der Stadt Rheinsberg und Mitglied der SPD. Alle Rednerinnen und Redner erinnerten an die Opfer des Nationalsozialismus und mahnten zu Verantwortung, Wachsamkeit und Menschlichkeit.

Den Abschluss bildete eine Andacht von Pfarrerin Eisenack von der Evangelischen Kirchengemeinde und eine Schweigeminute. Sie lud die Anwesenden zum Gebet ein und rief zu Besinnung und Mitgefühl auf.

Danach wurden Kränze, Blumen und Kerzen am Denkmal sowie an den umliegenden

Gräbern niedergelegt.

Mit den eindringlichen Worten, dass es elf Jahre still wäre, würde man für jedes Opfer des Holocausts eine Schweigeminute abhalten, beendete Gudrun Kurzke die Gedenkveranstaltung. Diese Aussage verdeutlichte noch einmal eindrucksvoll das Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen und die bleibende Verantwortung, das Erinnern wachzuhalten.

Die Veranstaltung in Rheinsberg war ein wichtiges Zeichen gegen das Vergessen und für ein friedliches, respektvolles Miteinander.

■■ Kai Pohle Regionalverband Rheinsberg-Lindow

# Termine

18.2. // 18 Uhr  
Beratung des Kreisvorstandes der Linken OPR  
Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin

21.2. // 10-13 Uhr  
Optimismus-Workshop  
Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald, Belower Damm 1, 16909 Wittstock  
Bitte mit Anmeldung an [gehrmann@gedenkstaette-sachsenhausen.de](mailto:gehrmann@gedenkstaette-sachsenhausen.de)

5.3. // 9-11 Uhr  
nächster bundesweiter Schulstreik gegen Wehrpflicht

6.3. // 9-11 Uhr  
Infostand der Linken  
16866 Kyritz Marktplatz

ab 6.3.  
Brandenburgische Frauenwoche mit Veranstaltungen in verschiedene Orten unter dem Motto „Wut trifft Feminismus“

Ab sofort jeden 2. Dienstag // 16-18 Uhr  
Beratung zu Fragen zur Rentenversicherung durch den Ehrenamtlichen Versichertenältesten Uwe Dröbler  
Termine unter:  
0151/27551564  
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

### Impressum

Märkische Linke, Meinungsmedium von Die Linke OPR und PR, Herausgegeben von Die Linke OPR  
Kreisvorstand: Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin, [kv@dielinke-opr.de](mailto:kv@dielinke-opr.de) und Die Linke Prignitz Kreisvorstand: Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg  
[vorstand@dielinke-prignitz.de](mailto:vorstand@dielinke-prignitz.de)  
V.i.S.d.P: Ronny Kretschmer und Thomas Domres

Redaktion: Jürgen Schubert, Achim Müller, Gerlinde Krahnert, Julia Köppe, Ronny Kretschmer  
Satz und Layout: Jürgen Schubert, Caroline Cave

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor:innen nicht unbedingt von Redaktion und Herausgeberin wieder.

Die Redaktion bedankt sich für die Zusendung von Artikeln, Bildern und Informationen.

Spendenkonto für Druckkosten:  
DE47 1606 1938 0001 6323 61  
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG

